



Neue Berliner Aktionen für Mittelost

Globales Risikojahr, aber schwarze Löcher im Koalitionsvertrag

Nach Israel reist Kanzlerin Angela Merkel Ende Februar auf Einladung des Premiers Benjamin Netanjahu im Rahmen jährlicher Konsultationen. Beide hatten am Donnerstag miteinander telefoniert. Sie haben viel zu bereden, zumal der Übergangspakt der sechs Mächte mit Iran am 20. Januar auf ein halbes Jahr in Kraft treten soll. Teheran akzeptiert darin, seine Nuklearaktivitäten zu begrenzen. Im Gegenzug lockern jene sechs Staaten das Embargo. In dem *Halbjahr* soll ein dauerhaftes [Abkommen](#) für den Verzicht auf das militärische Atom durch Iran verhandelt werden. Überwachen wird das die Internationale Atomenergie-Organisation der Vereinten Nationen. Inzwischen gingen die Entwürfe der Übereinkunft auch nach Berlin, Beijing, London, Moskau, Paris und Washington. Die Abstimmung dazu zwischen Amerika und Israel ist diesmal wohl etwas besser gelaufen.

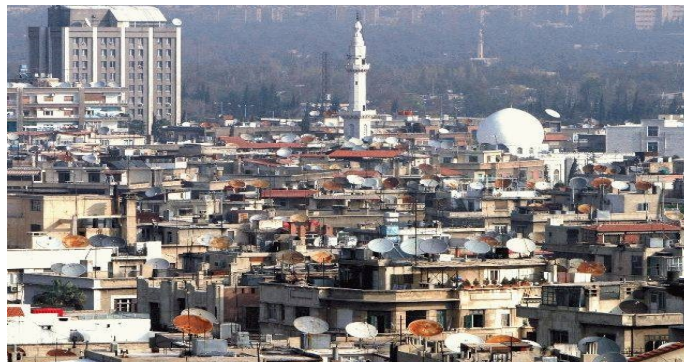


Foto: [Wiki](#)

Damaskus 2003, weit vor dem Bürgerkrieg, der im März 2011 begann

Sicher wird der Text noch unter die Lupe genommen. Denn es beginnt ein [Risikojahr](#) mit vielen Grundbeschlüssen im Regionaldreieck Amerika, Mittelost und Europa. Um nur einige Punkte zu nennen: bis Mittwoch stimmen Ägypter über ihren [Verfassungsentwurf](#) ab. Reste des [Islamismus](#) der Expräsidenten Muhammad [Mursi](#) sowie Abd an-Nasirs, Anwar as-Sadats und Husni Mubaraks [Arabischen Sozialismus](#) entfielen. Indes zog Demokratie ein, zumindest im Ansatz. Erstmals dürfen Andersgläubige – konkret Juden und Christen – „ihren Scharias“, nicht mehr dem islamischen Gesetz folgen. Im Regionalfokus sind zudem [Syrien](#) samt Nachbarn Israel, [Jordanien](#), Libanon und [Irak](#) nebst [Saudi-Arabien](#) und den Golfstaaten, die hoffentlich dauerhaft diesen Kriegsbrand löschen werden. Dann soll der [Friedenspakt](#) unter Israelis und Palästinensern folgen. Gar nichts gilt als sicher, viel ist fraglich und alles soll unter dem Druck Washingtoner Zeit ablaufen.

Berlin

Angesichts dessen fragt es sich, was die Bundesregierung diesbezüglich angeschoben hat. Angela Merkel telefonierte am Mittwoch mit Präsident Barack H. Obama. Es ging um Investitions- und Handelsabkommen sowie um den Nato-Gipfel. Die Kanzlerin wird in den nächsten Monaten nach Washington fliegen. Im bilateralen Verhältnis gab es ernste Störungen, nachdem die massive Lauschaffäre bekannt geworden war. Dies schlug sich im Koalitionsvertrag nieder: die Überwachung der Nutzerinnen und Nutzer des Internets soll fortan gesetzlich untersagt werden. Datenschutz für und durch Bürger rangiert ganz oben.

Im Koalitionsvertrag der Parteien CDU, CSU und SPD heißt es, auf eine weitere Aufklärung zu drängen, wie und in welchem Umfang ausländische Nachrichtendienste Bürger sowie die deutsche Regierung ausspähen. Um Vertrauen wieder herzustellen, werde man ein legal verbindliches *Abkommen zum Schutz vor Spionage* verhandeln. Damit sollen die Bürger, Regierung und Wirtschaft vor „schrackenloser Ausspähung“ geschützt werden. Berlin verstärke die Spionageabwehr. Die Kommunikation und ihre Infrastruktur müsse sicherer werden. Das gelte gleichwohl für die Schritte auf der europäischen Ebene.

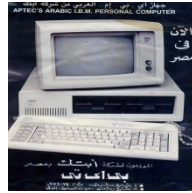


Foto: W.G. Schwanitz

Die digitale Ära ergriff rasch auch Mittelost, hier eine Reklame für IBM-PC 1983 in Ägypten

Nötig sei ein neuer Rechtsrahmen für den Umgang mit Daten. Ziel sei eine internationale Konvention für den weltweiten Schutz der Freiheit und der persönlichen Integrität im Internet. Die laufende Verbesserung der europäischen Datenschutzbestimmungen wäre kräftig voranzutreiben. Auf dieser Basis sei das *Datenschutzabkommen mit Amerika* zügig verhandeln. Ob nun Washington dieses [Vertrauensproblem](#) wirklich voll erkannt hat?

C-Waffen

Obwohl der Koalitionsvertrag den [Einsatz](#) vom chemischen [Waffen](#) in [Syrien](#) vermerkt, und daß neue Initiativen geboten wären, hatten Bürger noch die [Absage](#) Merkels im Ohr, trotz der vorhandenen deutschen Kapazitäten zur Vernichtung von C-Waffen dafür nicht zur Verfügung zu stehen. Sicher schwangen einst die erwähnten Turbulenzen im deutsch-amerikanischen Verhältnis mit. Daher kam es doch überraschend, daß die Ministerin für Verteidigung, Ursula von der Leyen, am Donnerstag, den 9. Januar, meinte, mit die syrischen C-Waffen vernichten zu können. Man habe in Munster die Technologie dafür.

Außenminister Frank-Walter Steinmeier räumte noch eine mögliche Kritik daran durch die Umweltbewegung ein, sagte aber, dies wäre auch eine Sache der Glaubwürdigkeit gegenüber dem syrischen Bürgerkrieg in einer Zeit, in der die Mächte versuchten, diesen Waffengang durch Gespräche in der Schweiz am 22. Januar zu beenden ([Genf II](#)). Die New York Times brachte dies unter einer fehlgehenden Schlagzeile: „Mehr Hilfe aus Deutschland, um Syriens [C-Waffen](#) zu zerstören“, zeigte ein Foto des Labors „in Münster“ statt Munster (Örtze), was sie gleich anderntags korrigiert hat. Jedenfalls haben Steinmeiers Worte, „niemand mit [Verantwortung](#) könne hier Nein sagen“, eingeschlagen.

Neuorientierung

Der Berliner Außenminister, der dieses Amt bereits 2005 bis 2009 inne hatte, ließ bei der Übernahme am 17. Dezember neue Töne erklingen. Er sprach von „grassierender [Euro-paentfremdung](#)“ und davon, daß das transatlantische Verhältnis – Stichworte Irak-Krieg, Guantánamo, Edward J. Snowden, Nationale Sicherheitsagentur – unter erheblichem [Streß](#) stehe. Er deutete eine kritische Selbstüberprüfung der Außen- und Sicherheitspolitik an. Zu sehen ist, daß er ein anderes Selbstverständnis anstrebt, bei dem Berlin etwa in Nordafrika nicht allein darauf vertrauen möge, daß andere wie Amerika am Ende schon für die notwendige Stabilität sorgen werden, sei es durch ihr politisches, finanzielles oder auch militärisches Engagement.

Er traf den Nagel auf den Kopf. Amerika braucht ebenso in weltpolitischen Fragen eine streitbare Beratung, Kooperation und Kritik aus Europa, gerade aus Berlin. Es kann nicht mehr angehen, daß [Europäer](#) stets erst auf die Amerikaner warten, dann eher wenig tun, um schließlich Washington nach allen Regeln der Kunst zu kritisieren. So war es seit dem Beginn der Globalära. Es braucht eines originären Ansatzes, ebenso in der Belebung von Gremien und der Nato. Dabei sind Berlin wie die Europäische Union längst reif für die tiefe Reorganisation der UN: beide sollten ihre Dauersitze im Sicherheitsrat erhalten.

Steinmeier, der am Sonntag, den 12. Januar, in Paris die „Freundesgruppe des syrischen Volkes“ traf, auch Leute der Syrischen Nationalen Koalition – ihr Präsident Ahmad Jarba wurde jüngst wieder gewählt -, erwähnte in jener Antrittsrede auch Herausforderungen in der *südlichen Nachbarschaft*: [Ägypten](#) komme nicht zur Ruhe. [Libyen](#) sei auf dem Weg zum versagenden Staat. Tunesien ringe um seine Zukunft. Von der Begeisterung über den „Arabischen Frühling“ blieb allenfalls Ernüchterung.

Die Demokratie dürfe im Alltag in Kairo nicht dauerhaft den Beigeschmack von Hunger und Chaos bekommen, sonst leide auch der Glanz demokratischer Verheißung. Europa müsse helfen, den Prozeß der inneren Versöhnung zu stützen und mit dafür Sorge tragen, daß die wirtschaftlichen Verbindungen nicht völlig erodierten. Nötig seien auch eine bessere Einsicht, was in Mittelost laufe, und treffendere Begriffe, darunter für sunnitisch-schiitische [Zwiste](#). Steinmeier will genau hinsehen, Gründe und Entwicklung von Konflikten nachverfolgen, Schuldige und Beschuldigte auseinander halten, Konfliktdynamiken eindämmen, Grundlagen für längerfristige Lösungen entwickeln. Dies sei die Substanz von Außenpolitik und Diplomatie.

Möchte sich ein Bürger genauer dazu im *Koalitionsvertrag* informieren, trifft er auf schwarze Löcher. Nichts dazu, ob es ein globales Ringen gibt, welche Ideologien dahinter stecken, ob diese auch Deutschland, Europa, Mittelost und Amerika erfaßt haben, und was Berlin dagegen unternehmen will. Zwar tauchen dort Begriffe wie Einkommensungleichheit, Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz, Grundsicherung, nachhaltiges Wohlstandsmodell, europäische Schuldenkrise, „Dialog mit dem Islam“ oder Deutsche Islam Konferenz auf. Versichert wird, extremistischen, rassistischen und Demokratie feindlichen Taten entgegen zu treten oder sich globalen Herausforderungen zu stellen. Aber so manche Grundfragen erscheinen mehr verklärt als erklärt.

[Wolfgang G. Schwanitz](#)

[Mehr](#) in *Islam in Europa, Revolten in Mittelost*, [Neuerscheinung](#), 10. Juni 2013: [Buch](#) in [Berlin](#) [bestellbar](#).